



Nr. 38. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 92. Jahrgang.

Verrechnungsmesse: Amal wöchentlich. Anzeigepreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einspaltige Seite 10 Bfg., außerhalb desselben 12 Bfg., Resttagen 25 Bfg. Schluss für Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernspr. 9. Donnerstag, den 15. Februar 1917. Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung RM. 1.50 monatlich, außerhalb RM. 1.60, Postzusatz für den Ort und Nachbortzweck RM. 1.00, in der Provinz mit Zustellung RM. 1.60, Postzusatz in Württemberg 2 Bfg.

Keine Einschränkung und keine Abschwächung des U-Bootkrieges.

Zum verschärften U-Bootkrieg.

Unter keinen Umständen Einschränkung der Seesperre gegen England.

(WTB.) Berlin, 14. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Aus dem Ausland kommen neuerdings Nachrichten, denen zufolge man dort glaubt, die Seesperre gegen England mit Unterseebooten und Minen wäre mit Rücksicht auf Amerika oder aus irgendwelchen Gründen abgeschwächt worden oder sollte abgeschwächt werden. Die Rücksicht auf die Neutralen gibt Veranlassung, nochmals mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß der uneingeschränkte Krieg gegen den gesamten Seeverkehr in den Sperrgebieten in vollem Gange ist und unter keinen Umständen eingeschränkt werden wird.

Das hinterhältige Spiel Amerikas auf der Spitze.

(WTB.) Washington, 13. Febr. Reuter meldet: Der Präsident des amerikanischen Senats, Salisbury, hat eine Vorlage eingebracht, auf Grund deren falls sie in Kraft treten würde, die Häfen der Vereinigten Staaten den Kriegsschiffen der Alliierten geöffnet werden würden, die Kaufahrtschiffe zum Schutze gegen die Angriffe deutscher Unterseeboote begleiten, und solche Kriegsschiffe die Möglichkeit erhalten würden, die Gewässer der Vereinigten Staaten nach deutschen Streifschiffen zu durchsuchen. Man glaubt, daß die Vorlage der Regierung annehmbar erscheinen mag, als eine Maßnahme, die die deutsche Unterseeboot-Kriegführung einschränken würde. Salisbury erklärte, diese Maßnahme könne sich auch in der jetzigen Krise wirksam zeigen, ohne daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig den Krieg zu erklären brauchten.

Die amerikanische Wettfahrt ins Sperrgebiet verzögert.

(WTB.) Berlin, 15. Febr. Im „Lokalanzeiger“ wird gefagt: Die beiden amerikanischen Schiffe, deren Ausreise und Wettfahrt um das Blaue Band des Ozeans gemeldet wurde, hätten ihre Abfahrt nun doch wieder verzögert. Man könne im Interesse der amerikanischen Seeleute nur hoffen, daß diese Nachricht sich bestätigen werde und daß die Amerikaner ihren Plan endgültig aufgeben, der im Grunde genommen auf nichts anderes hinausläufe, als darauf, Gott in der lächerlichsten Weise zu versuchen zu führen.

Amerikanische Maßnahmen.

(WTB.) Washington, 14. Febr. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat eine Marinenvorlage angenommen, in der Kredite im Gesamtbetrag von 369 Millionen Dollars gefordert werden. Die Vorlage enthält Notgesetze für die Requisitionierung von Werften und Munitionsfabriken und für die Erwerbung von Patenten für Luftfahrzeuge. Im gegenwärtigen Augenblick sind in den Vereinigten Staaten 682 Schiffe im Bau mit einem Gesamtkinhalt von 2 098 671 Tonnen.

Das Kennzeichen der amerikanischen Neutralität.

Bern, 14. Febr. Das „Berner Tagblatt“ meldet aus Newyork: Die „Tribune“ veröffentlicht die amerikanischen Ausfuhrziffern für die ersten zehn Monate des Jahres 1916. Sie belaufen sich auf 4575 Millionen Dollar oder 22 875 Millionen Franken. Für die entsprechenden zehn Monate des Jahres 1915 betrug die Ziffer nur 2935 Mill. Dollar oder 14 675 Millionen Franken. Die Mehrausfuhr Amerikas die fast ausschließlich Munition darstellt, war also in zehn Monaten 8200 Millionen Franken oder 57 Prozent. Das interessierte Verhalten der Amerikaner an der Fortdauer des Weltkrieges, so bemerkt das Berner Blatt, wird aus diesen Ziffern deutlich ersichtlich.

Eine kühne Frage an Wilson.

(WTB.) Stockholm, 14. Febr. „Aftonbladet“ fragt, warum die Amerikaner, die auf das Recht freier Fahrt für amerikanische Fahrzeuge pochten, dieses Recht nicht auch

Bemerkenswerte Worte des Kaisers über den Krieg.

(WTB.) Berlin, 14. Febr. Die Berliner Zeitungen aus Wien gemeldet wird, ließ Kaiser Wilhelm am Dienstag nachmittag den Dichter der „Könige“, Hans Müller, zu sich in die Hofburg bitten, wobei er ihm seinen Dank für die schöne Dichtung aussprach, die er im Krieg den Deutschen geschenkt habe. Er betrachte, so sagte der Kaiser, im Laufe seines Gespräches, seine Freude an der Kunst als seine einzige Erholung. Den Sinn für die Bühne habe er von seiner Mutter geerbt. Dann sprach der Kaiser die Hoffnung aus, Müller werde wieder bei seinen Arbeiten in Deutschlands Vergangenheit schöpfen. Der Kaiser schilderte, wie ihm seit frühesten Jugend ein paar Gestalten nachgingen. So der Diktator Friedrich, der römisch-deutsche Kaiser Friedrich II, vor allem Karl V. Als Müller den Brief des Kaisers an den Reichskanzler erwähnte, durch den er das Friedensangebot der Mittelmächte begründet habe, sagte Kaiser Wilhelm: „Dieser Brief mußte geschrieben werden. Ich weiß doch die ganze Welt, wer diejenigen sind, die der Menschheit weitere Qualen auferlegen“. Weiter sagte der Kaiser im Laufe des Gesprächs: „Bergibt man schon, daß die Entente die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand schätzt? Wie kurz ist das Gedächtnis der Welt! Als ich heute den Oberhofmeister meines verewigten Freundes, Baron Rummelstich, sah, seit jenen tschechischen Frühlingstagen zum erstenmale, da kam es mir wieder ganz klar zum Bewußtsein: Meiner unferen Feinde liegt doch von Anfang an der Schatten des Verbrechens! Auf unserer Seite ist Recht und Sittlichkeit — und ihnen zum Triumph zu verhelfen, muß jede blanke Waffe uns willkommen sein!“ Zum Schluß führte der Kaiser aus: „Sehen Sie doch die europäischen Neutralen. Lesen Sie die schwedische Antwort, dieses für die Ewigkeit geschriebene Dokument. Nun wissen wohl die Neutralen schon insgesamt, wie sie unsere Kraft, aber auch wie sie unseren Willen zum Frieden einzuschätzen haben! Zum erstenmale steht in gewissem Sinne der erklärte Willen der kleinen Staaten gegen die angelsächsische Welt und Napoleons Kontinentalperre wird aus einem Phantom zur Wirklichkeit, zu einer, die England härter trifft, als alles bisherige.“

durch eine Fahrt nach Hamburg, Elettin oder Triest be-
weisen.

Friedensstundgebungen in Amerika.

(WTB.) Bern, 15. Febr. Der „Matin“ meldet aus Newyork: Hier haben Friedensstundgebungen stattgefunden, wobei deutsche Lieder gesungen wurden. Am 12. Februar wurden in Washington verschiedene Friedensstundgebungen von Deutsch-Amerikanern veranstaltet. Der sozialistische Bürgermeister von Minneapolis tadelt Wilson wegen des Abbruchs der Beziehungen und forderte die Arbeiter auf, sich im Kriegsfall zu weigern, die Waffen zu ergreifen.

Bernstorff verläßt Amerika.

Kopenhagen, 14. Febr. „National Tidende“ zufolge erhielt die Skandinavien-Amerika-Linie von ihrem Newyorker Vertreter die drahlliche Mitteilung, daß nach vielen Verhandlungen die Abreise des Dampfers „Frederik VIII“ nunmehr beschlossen ist. Der Dampfer erhielt die Erlaubnis, die schon früher angemeldeten Reisenden und die Ladung mitzunehmen. Im ganzen werden mit dem Postkapitan Grafen Bernstorff und seinem Gefolge gegen 1000 Reisende an Bord sein. Das Schiff verläßt Newyork vermutlich am 14. Februar, fährt zuerst Halifax an, und nimmt dann Kurs nach der norwegischen Küste, wo Christiansund angelaufen wird.

Gerard nach Paris.

(WTB.) Bern, 15. Febr. Postkapitan Gerard ist gestern abend nach Paris abgereist. (Das dürfte der richtige Platz für ihn sein.)

Ein neutrales Angebot an die Neutralen.

(WTB.) London, 14. Febr. Dem „Daily Telegraph“ zufolge wird aus Newyork gemeldet, daß Staatssekretär Lansing eine Note von Carranza, dem Präsidenten von Mexiko, erhielt, in der dieser die Vereinigten Staaten und die anderen Neutralen auffordert, dem europäischen Krieg dadurch ein Ende zu machen, daß sie jeden Handel mit den Kriegführenden einstellen.

Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland über das Sperrgebiet.

Berlin, 15. Febr. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Haag: Wie das Amsterdamer Handelsblad meldet, hätten zwischen der deutschen und der holländischen Regierung neue Verhandlungen über eine weitere Aenderung der östlichen Grenzen des Sperrgebietes stattgefunden.

Die dänische Textilindustrie vor einer Katastrophe.

Berlin, 15. Febr. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Kopenhagen: Die dänische Textilindustrie steht vor einer Katastrophe, da Mangel an Rohstoffen die meisten Betriebe zwingen wird, die Arbeit im Laufe von zwei Wochen vollkommen einzustellen. Besonders davon betroffen ist die Baumwollindustrie.

Espanien.

(WTB.) Berlin. Der „Vossischen Zeitung“ wird über eine ruhige Stimmung in Spanien berichtet. Nach den ersten starken Schwankungen hätten die Wertkurve den früheren Stand wiedergewonnen. Die ganze Haltung des Landes sei vertrauensvoll und abwartend.

(WTB.) Bern, 14. Febr. Der „Temps“ meldet aus Madrid: Der Minister des Innern hat die Presse dringend aufgefordert, sich jeder Stellungnahme gegen kriegführende Länder zu enthalten. Alle tendenziösen Nachrichten müssen zuvor dem Ministerium unterbreitet werden. Der Marineminister wird lediglich amtlich beglaubigte Torpedierungen mitteilen, um einen falschen Alarm zu verhindern. — Gerüchtwiese verlautet, das Parlament werde zum Samstag vertagt werden.

Unsere U-Boote an der Arbeit.

(WTB.) Berlin, 14. Febr. Von dem am 12. Februar als versenkt gemeldeten 7 Dampfern und 3 Segelschiffen mit einem Gesamtumfang von 22 000 Bruttoregister-tonnen hatten 5 Schiffe von 13 100 Bruttoregister-tonnen Getreide, 2 von 1700 Bruttoregister-tonnen Porrit, eines von 1700 Tonnen Grubenholz und 2 von 5500 Bruttoregister-tonnen Kohlen geladen. — Außerdem wurden auf derselben Unternehmung noch ein Dampfer von 3000 Bruttoregister-tonnen mit 4000 Tonnen Kohlen für Italien versenkt.

(WTB.) London, 14. Febr. Das Reutersche Bureau meldet, daß der englische Dampfer „S. D. Lambert“ und die englischen Fischdampfer „Barnsley“ (144 Bruttoregister-tonnen) und „Dale“ (198 Bruttoregister-tonnen) versenkt worden sind.

(WTB.) Cagliari, 14. Febr. Nach einer Reutersmeldung ist das amerikanische Segelschiff „Lyman M. Law“ (1300 Bruttoregister-tonnen) versenkt worden. Die Besatzung wurde in Cagliari gelandet.

Die englischen Maßnahmen zur Abschwächung der Wirkung der U-Boote.

(WTB.) London, 15. Febr. Lord Curzon sagte bei der vorgestrigen U-Boodebatte im Oberhaus: Im Juli 1914 war die Zahl der britischen Handelsschiffe über 1600 Tonnen 3890 mit einem Gesamtkinhalt von 16 850 000 Bruttotonnen. Am 31. Januar 1917 war die Zahl 3540 mit einem Gesamtkinhalt von 16 Millionen Bruttotonnen. Es sind neue Abwehrmittel gefunden

und die früheren vervollkommen worden, so daß wir mit wachsendem Vertrauen in die Zukunft blicken können. Die ganze Energie der Admiralität ist darauf gerichtet, Unterseeboote zu zerstören. Für die Sicherheit der neutralen Schifffahrt sind besondere (!) Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. England läßt in Amerika und Japan neue Schiffe bauen, ändert die Passagierdampfer in Frachtdampfer um und hat durch die Erlaubnis zu Deckladungen die Tragfähigkeit der Handelsflotte um eine halbe Million Tonnen erhöht.

(W.B.) Amsterdam, 14. Febr. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus London: In der gestrigen Unterseebootdebatte im Oberhaus sagte Lord Lytton noch, mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die neutrale Schifffahrt ernstlich betroffen werde als die englische, werde die englische Regierung dafür höhere Frachten bezahlen und die Versicherungsprämien auf sich nehmen, sowie Prämien für die Besatzungen der neutralen Schiffe aussetzen. Soweit als möglich werde sie auch neutrale Schiffe ankauen.

(W.B.) Wien, 15. Febr. Ein Vertreter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem Ersten Lord der englischen Admiralität, Sir Edward Carson, der über den Unterseebootkrieg sagte: Ich kann Ihnen die große Gefahr des Unterseebootkrieges nicht verhehlen. Diese barbarischen (!) Angriffe schaffen uns das schwerste, ernsteste Problem. Es gibt weder auf dem Meere einen einzigen englischen Seemann, noch in der Admiralität ein einziges Mitglied des Admiralsstabes, das nicht Tag und Nacht arbeitet mit der Hoffnung, es zu lösen. Unsere Sorgen dienen nur dazu, uns zu dauernden Anstrengungen anzustacheln.

Der Wert unserer U-Boote.

(W.B.) Paris, 14. Febr. Agence Havas meldet: André Lefevre brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, in dem er die Regierung auffordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um für die Besatzung eines jeden französischen, alliierten oder neutralen Schiffes, das, wenn es von einem Unterseeboot angegriffen wird, dieses vernichtet, eine Prämie von 500 000 Francs auszuwerfen.

Englische Geschäftsmethoden.

Ein Brief der Londoner Firma Lind, Moeller u. Co. vom 14. November 1916, der an eine schwedische Exportfirma gerichtet ist, zeigt mit erstaunlicher Deutlichkeit, mit welchen repressiven Mitteln englische Geschäftsleute gegen die Neutralen vorgehen. Es handelt sich darum, daß die englische Firma eine Teerlieferung aus Schweden erwartete, die augenscheinlich die schwedische Firma nicht nach England absenden wollte. Die englische Firma schreibt nun: „Wir können Ihre schmerzlichen Ausreden nicht anerkennen, und wenn Sie nicht umgehend den Teer absenden oder einen Schein über 250 Pfund Sterling als Entschädigung für die Nichtablieferung, so werden wir den Teerbestand vor die hiesige schwedische Handelskammer und auch vor unsere Regierung bringen, da wir der Ansicht sind, daß Sie uns in dieser Angelegenheit schlecht behandelt haben usw.“ Will sich also eine neutrale Firma den rein privaten Ansprüchen eines englischen Hauses nicht fügen, so droht dieses, die Firma bei der englischen Regierung „anzuzeigen“, was natürlich soviel bedeutet wie den Beginn aller möglichen Schikanen, Eintreibung der betr. Firma in die schwarze Liste, bei einer Reederei Sperrung der Kohlenlieferung usw. Ist das Geschäft für die Neutralen zu gefährlich oder nicht lukrativ genug, dann muß der Druck der englischen Regierung eingesetzt, um neutrale Firmen den Wünschen englischer Geschäftsleute gefügig zu machen. Das gehört zu den englischen „Geschäftsmethoden“.

Die deutsche Regierung hat heute wiederholt Anlaß genommen, in Hinsicht auf die ausgestreuten Gerüchte klipp und klar festzustellen, daß es eine Einschränkung des U-Bootkrieges nicht mehr geben wird und kann. Die feindliche Presse verbreitet solche falschen Gerüchte natürlich mit der Absicht, die neutralen Schiffe doch zur Ausfahrt zu verlocken, damit sie das Risiko für die Ententeschiffe übernehmen, oder daß durch irgend welche Ereignisse Konflikte zwischen Deutschland und den Neutralen geschaffen werden. Man mag nur an den Zynismus der englischen Regierung denken, die ohne jede Scham erklärt, gewiß, die neutralen Schiffe werden jetzt ein größeres Risiko tragen, aber wir bezahlen für sie die Schiffsversicherungsprämien und sind auch zur Leistung von Entschädigungen bereit, wenn die Mannschaften auf ihrer Fahrt für Englands Interessen ums Leben kommen sollten. Dann will England auch soviel wie möglich neutrale Schiffe kaufen, um seine eigenen nach Kräften schonen zu können. Also alles soll eben mit Geld gemacht werden, und nationales Eigentum und Leben, wenn möglich geschont werden. Zum Schaden der Neutralen. Aber die neutralen Reederei und Seeleute sind doch zum großen Teil nicht so untheilbar profitgierig, daß sie ohne Weiteres der ernststen Gefahr, die ihnen im Sperrgebiet droht, in die Arme laufen. England spart zwar nicht mit dem wertvollsten Rohmittel, dem Gelde, aber man hat eben doch den Wert des deutschen Wortes kennen gelernt, u. weiß, daß deutsche Erklärungen keine Neuter-Währung besitzen. Die neutralen Reederei, die meinen, mit England unbedingt Geschäfte machen zu müssen, sinnen deshalb

auf weniger gefährliche Wege. So haben dänische Schiffsvereinigungen mit englischen Reedereien das Abkommen getroffen, ihre Schiffe von Kopenhagen, die Lebensmittel nach England bringen sollen, der dänischen und norwegischen Küste entlang fahren zu lassen bis in den norwegischen Seehafen Bergen, von wo dann englische Schiffe die Ladungen über die Nordsee durch das Sperrgebiet weiter transportieren sollen. Das Risiko fällt also auf diese Weise vollständig den Engländern zu. Auch in Amerika weigern sich wegen der Lebensgefahr viele Seeleute, Fahrten ins Sperrgebiet zu unternehmen, andere verlangen entsprechend hohe Löhne und Lebensversicherungen. Das Wetteutrennen der beiden amerikanischen Frachtdampfer ins Sperrgebiet soll ja jetzt aufgehoben worden sein; man wird sich in Washington nach der schmachvollen Niederlage bei den Neutralen vielleicht darüber Gedanken gemacht haben, was die Welt wohl von einem solchen herausfordernden Vorgehen eines angeblich neutralen Staates halten würde, und man wird den Reedern wohl zu verstehen gegeben haben, daß man den notwendigen Kriegsfall nach außenhin viel unauffälliger schaffen müsse, damit man dann umso machtvoller die Moraltrummel schlagen kann. Wie gut in neutralen Kreisen übrigens jetzt die Wilsonsche Politik durchschaut wird, das geht aus der Bemerkung eines neutralen Blattes hervor, warum Wilson seine Versuchsschiffe nicht früher schon habe nach Hamburg oder Triest fahren lassen, um vor der Entente die bekanntlich von Amerika energisch verteidigte Freiheit der Meere zu demonstrieren.

Was eigentlich die amerikanische Regierung jetzt tun will, darüber herrscht noch keine klare Vorstellung. Das wird man wohl erst erfahren, wenn das erwartete „Attentat“ auf die amerikanische Flagge erfolgt ist. Inzwischen wird bekannt, daß Amerika sich immer mehr von einer auch nur scheinbaren Neutralität entfernt, es verlautet, die amerikanischen Häfen werden für solche Kriegsschiffe der Alliierten geöffnet werden, die die Rauffahrtsschiffe über den Ozean zum Schutz gegen U-Boote begleiten. Die Flotte der Alliierten hätte dann also gewissermaßen Heimatrechte in Amerika. Nun, auf einen Bauernschuh weniger oder mehr kommt es bei der amerikanischen Neutralität ja nicht mehr an, die zweifellos wie der Verrat Italiens in der Geschichte als Charakteristikum weiterleben wird. Aber manche Stimmen von drüben her meinen, Wilson werde selbst bei einer etwaigen Vernichtung amerikanischer Menschenleben nicht direkt den Krieg erklären, sondern nur vom Kongreß die Erlaubnis verlangen, Maßregeln zum Schutz der Amerikaner und ihres Handels zu ergreifen. Das würde also bedeuten, daß man vielleicht die amerikanischen Dampfer bewaffnen würde, und andere durch Kriegsschiffe begleiten ließe. Aber wir wollen uns darüber heute kein Kopfschütteln machen. Wählen amerikanische Passagierdampfer der deutschen Erklärung zum Trotz ihren Weg durch die deutsche Seesperre nach den alliierten Ländern, so tragen sie die furchtbare Verantwortung selbst, die amerikanischen Banwarenschiffe aber wissen, warum sie verbotene Wege fahren, ihr Risiko entspricht dem erhofften Gewinn. Wenn Wilson meint, zur Rettung der amerikanischen Dollarlehre und seines geheimen Verbündeten England uns den Krieg erklären zu müssen, so soll er nur kommen. Die eigentümliche Haltung der amerikanischen Regierung aber seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen und dem Fiasco bei den Neutralen erweckt doch den Anschein, daß die Entscheidung über den Krieg vielleicht noch von andern Momenten abhängt, die nicht so offen daliegen, die aber um so schwerer ins Gewicht fallen könnten. Man hat aus der ablehnenden Antwort der südamerikanischen Staaten gegenüber der Wilsonschen Note recht wohl heraushören können, daß hier eine gemeinschaftliche Beratung vorausgegangen war. Man traut in den lateinischen Ländern Americas dem Wilsonschen Friedensgefäßel rein gar nicht, und bezeichnend dafür ist die Bemerkung eines sonst gut unterrichteten englischen Blattes, daß mit der Kriegserklärung an Deutschland auch sofort der Krieg mit Mexiko kommen werde. Und daß die Stimmung in Japan in letzter Zeit sehr kriegerisch gegen die Vereinigten Staaten geworden ist, das weiß ein jeder Amerikaner ganz genau. Die Annahme also, daß der Abbruch der Beziehungen zu Deutschland der Washingtoner Regierung nur einen willkommenen Anlaß bot, um die notwendigen Rüstungen gegen andere auszuführen, dürfte so grundlos nicht sein. O. S.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

Englische Angriffe an der Ancre abgewiesen. Neue Erfolge in der Südwestspitze der Batowina.

W.B. Großes Hauptquartier, 14. Februar. Amtlich. Westlicher Kriegsschauplatz: Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern: Auf dem Nordufer der Ancre führte der Feind nach sehr heftiger Artillerievorbereitung

unter dem Einsatz starker Infanteriekräfte seine Angriffe fort. Vormittags griff er zweimal südlich von Serre an, beide Angriffe wurden im Nahkampf abgewiesen, vor der Front sich festsetzende Teile durch Vorstoß mit der blanken Waffe vertrieben. Erneute Bereitstellungen weiterer Verstärkungen nördlich und am nachmittag auch südlich der Ancre wurden von unserer Artillerie unter wirkungsvoller Vernichtungsfeuer genommen. Bis zur Sonne war auch in anderen Abschnitten während der Nacht der Feuerkampf stark.

Front des Deutschen Kronprinzen: Einige Erkundungsvorstöße im Bogen von St. Mihiel und am Westhang der Vogesen waren erfolgreich.

Westlicher Kriegsschauplatz: Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef: Im Westkanalabschnitt errangen unsere Truppen gestern neue Erfolge. Mehrere Stellungen der Russen wurden gestürmt und gegen heftige Gegenstöße gehalten. Die Gefangenenzahl hat sich auf 23 Offiziere und über 1200 Mann, die Beute auf 3 Geschütze, 12 Maschinengewehre und 6 Minenwerfer erhöht.

Front des Generalfeldmarschalls von Mackensen: Längs Sereth und Donau Artilleriefener und Postenschermügel.

Mazedonische Front: Im Cernabogener blieben Angriffe der Italiener zur Wiedernahme der Höhen östlich von Paralowo trotz lebhafter Feuerwirkung ohne jeden Erfolg.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die gestrige Abendmeldung.

(W.B.) Berlin, 14. Febr. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: Von keiner Front sind größere Geschehenshandlungen gemeldet.

Portugiesische Truppen im Westen.

(W.B.) Berlin, 15. Febr. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Lugano: Nach italienischen Meldungen ist die erste Staffel portugiesischer Truppen in Frankreich eingetroffen.

Der englische Bericht über die Kämpfe in Mesopotamien.

(W.B.) London, 13. Febr. Amtlicher Bericht aus Mesopotamien: Am 10. Februar wurde eine feindliche Brigade bei Schumram beschossen. Durch einen Volltreffer wurden einige feindliche Boote versenkt. Am 11. Febr. nahmen wir unser Vorrück auf dem rechten Ufer des Tigris wieder auf. Der Feind wurde auf die letzte Linie seiner Gräben im Dahratnie westlich von Kut-el-Amara zurückgetrieben. Am Abend erstreckte sich unsere Front quer über das Knie von Ufer zu Ufer über eine Entfernung von 5500 Yards und der Feind war vollständig eingeschlossen. Die Entfernung, die wir bei unserem Vorgehen durchmessen hatten, betrug von 800 Yards auf unserem rechten Flügel bis zu 2000 Yards auf dem linken Flügel.

Bermischte Nachrichten.

Deutsche Hilfsstätigkeit im besetzten Frankreich.

Ein deutscher Etappen-Inspekteur hatte zu Neujahr an bedürftige Franzosen im Kampfgebiet aus einem besonderen Fonds Unterstützungsgelder verteilen lassen. Durch ihren Bürgermeister ließen die Unterstützten dem Etappen-Inspekteur ein Dankschreiben überreichen, in dem es nach der „Gazette des Ardennes“ u. a. heißt: „Zur selben Stunde, in der das Morgenrot des langersehnten Friedens fernher als je verschwindet, nachdem es einen Augenblick am Horizont scheinbar hatte aufleuchten wollen — in dem Augenblick, wo die Menschheit sich gegenseitig den Beinamen: „Barbaren“ ins Gesicht schleudert, und mit lauter Stimme die Kultur für sich beansprucht — in der Stunde, in der alles Schöne, Wahre, Gute und Gerechte auf ewig in einem furchtbaren Blutbad untergehen zu wollen scheint, da vollbrachten Euer Erzellenz eine schöne Tat: Sie haben eine Unterstützung angeboten den Müttern der Soldaten, die gegen Ihr Volk kämpfen, den Kindern derjenigen, die da sterben, indem sie möglichst viel der Ihren zu töten streben. Das veranlaßt uns, diese Tat der Menschlichkeit mit Beifall aufzunehmen und dafür herzlichen Dank auszusprechen im Namen der unterstützten Greise, Mütter und Kinder.“ Das Schreiben trägt neun Unterschriften und legt ein beabredetes Zeugnis ab für deutsche „Barbarei“ in den besetzten Gebieten Frankreichs.

Ein Kongreß katholischer Parlamentarier.

Berlin, 14. Febr. Die „Germania“ schreibt: Ein Kongreß katholischer Parlamentarier und Politiker ist am Montag in Zürich zusammengetreten. Es nahmen an ihm Teil hervorragende katholische Parlamentarier und Politiker Österreich-Ungarns, der Schweiz aus Holland, aus Belgien sowie aus Polen und aus Deutschland. Die deutschen katholischen Parlamentarier sind, wie die „Germania“ mitteilt, vertreten durch die Abgeordneten Erzberger, Spahn, Pösch sowie den Vorsitzenden der bayerischen Landtagsfraktion des Zentrums. Die Verhandlungen des Kongresses werden vertraulich geführt. Sie dürften sich um wichtige allgemeine durch den Krieg hervorgerufene Weltfragen handeln.

Ein holländisch-deutsches Hilfswerk.

Berlin, 15. Febr. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Haag: Heute, Donnerstag morgen, trifft der erste Zug mit erholungsbedürftigen Kindern aus dem deutschen Besetzungsgebiet in Nordfrankreich in Holland ein und wird nach Verabredung mit der deutschen Regierung an der Grenze vom holländischen Hilfskomitee in Empfang genommen.

Englische Rechtsauffassung.

(W.B.) Berlin, 15. Febr. Ein charakteristisches Beispiel dafür, welche Anschauungen über fremdes Privatrecht in England selbst in Nichterkenntnis möglich sind, bieten zwei neuerdings bekanntgewordene Gerichtsurteile, nach denen, wie man in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ liest die britischen Gesetze die Möglichkeit geben, neutrales Kapital einfach deshalb zwangsweise festzuhalten, weil die Verlegung des Kapitals in ein neutrales Land nicht den britischen Interessen entsprechen würde.

Italien und das amerikanische Einwanderergesetz.

(W.B.) Bern, 15. Febr. Wie un bequem für Italien das neue amerikanische Kulturgesetz für Einwanderer ist, zeigt ein Leitartikel der „Idea Nazionale“, der feststellt, daß dadurch Italien an erster Stelle getroffen werde. Von 700 000 Einwanderern in Amerika habe Italien etwa 300 000 gestellt, von denen der größte Teil hätte weder lesen noch schreiben können. (Und da erzielte sich der frühere italienische Ministerpräsident Salandra von der deutschen Kultur zu sagen, sie sei 1000 Jahre hinter der italienischen zurück. Ist doch Italien das klassische Land der Analphabeten und des — Schmutzes in jeder Hinsicht. Die Schriftl.)

Ein Aufstand auf Cuba.

(W.B.) New York, 14. Febr. (Reuter.) Das Staatsdepartement in Washington hat mitgeteilt, daß auf Cuba ein Aufstand ausgebrochen ist. Heute wurde aus Havanna telegraphiert, daß die Rebellen aus der Provinz Matanzas von den Regierungstruppen geschlagen wurden. Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten der cubanischen Regierung 5000 Gewehre mit Munition angeboten habe.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Februar 1917.

Das Eiserne Kreuz.

Gefreiter Christian Großmann, Sohn des Christian Großmann, Calw, leichte Funkerstation 15, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet. Ersahreservist Ulrich Kugele von Altburg hat das Eiserne Kreuz erhalten.

Ernst Spöhr aus Althengstett hat das eiserne Kreuz erhalten.

Kriegsverluste des Oberamts Calw.

Aus der Württembergischen Verlustliste Nr. 537.
Eisenhardt, Karl, 16. 8. 96, Stammheim, schw. verw.
Burkhardt, Johannes, 30. 11. 91, Altbulach, gef. — Heim,
Karl, 15. 12. 96, Geshingen. l. verw.

Ein dringlicher Aufruf des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler hat an alle Bundesregierungen nachstehendes Schreiben gerichtet: Unlässlich der am 15. Februar stattfindenden Erhebung der Bestände von gedroschenem und ungedroschenem Getreide und der für den 1. März angeordneten Aufnahme der Viehbestände und der Kartoffelvorräte gestatte ich mir, auf die große Bedeutung hinzuweisen, die eine Aufklärung aller landwirtschaftlichen Kreise über die Tragweite dieser Maßnahmen besitzt. Diese Bestandsaufnahmen stellen erneute Anforderungen an die Zeit und Arbeitskraft der Landwirte und der zum größten Teil mit Amtsgeschäften, wie mit eigenen landwirtschaftlichen Arbeiten überlasteten ländlichen Ortsbehörden. Neueste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit aller Beteiligten bei ihrer Durchführung ist aber vaterländische Pflicht. Es gilt die Versorgung unseres Heeres und der zum großen Teil mit Arbeiten für die Rüstung dieses Heeres beschäftigten städtischen Bevölkerung zu sichern. Ihre Arbeitskraft muß durch richtige Einteilung und geregelte Zuführung der notwendigen Lebensmittel weiter erhalten werden, damit unsere tapferen Truppen mit allem versehen werden, was zum Siege nötig ist. Vorbildung für das Gelingen des Werkes der Sicherung unserer Volksernährung ist eine möglichst genaue und zureichende Uebersicht über alle jetzt vorhandenen Vorräte. Millionen von landwirtschaftlichen Betrieben müssen an der Ablieferung des Notwendigen mitwirken. Auf jeden einzelnen Betrieb, mag er noch so klein sein, kommt es an. Die deutschen Landwirte und Landwirtschaftsfrauen werden auch in diesem Falle ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Sie werden sorgen, daß ihre Bestände so genau als möglich aufgenommen werden, daß sobald die obliegenden Ablieferungen voll und rechtzeitig gesehen, und daß auch die Bestellung der neuen Ernte trotz aller Schwierigkeiten so gut und sorgsam wie irgend möglich erfolgt. Kein Soldat, kein Rüstungsarbeiter, keine Kriegerfamilie darf Mangel leiden durch das Versäumnis des Landmannes. Er hat die hehre und heilige Pflicht, dem deutschen Volke sein täglich Brot zu liefern, um es dadurch unüberwindlich zu machen gegenüber dem Hungertodeplan unserer Feinde, der sich jetzt an ihnen selber rächt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

A. Oberamt Calw.

Voranschläge für den Gemeindehaushalt.

Die Herren Ortsvorsteher und Verwaltungsausschüsse wollen dafür Sorge tragen, daß die Voranschläge über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1917/18 mit den Beschlüssen der Gemeindefolgen womöglich auf 1. April ds. Js. dem Oberamt in Abschrift vorgelegt werden.

Bei der Aufstellung der Voranschläge sind die Bestimmungen in Art. 121 bis 134 der Gemeindeordnung und in den §§ 157 bis 165, sowie 200 Absatz 3, insbesondere §§ 158 Absatz 4, 160 Absatz 5 und 6 und 165 der Vollzugsverordnung hiezu genau zu beachten.

Ferner wird folgendes bemerkt:

1. hinsichtlich etwaiger Restmittel ist zu bestimmen, ob und zu welchem Zweck solche vorzubehalten oder im laufenden Rechnungsjahr zu verwenden sind;
2. die nach § 158 Abs. 4 der V.B. z. G.O. zu gebenden Erläuterungen müssen für den Fall einer erheblichen Abweichung des Voranschlagsbetrags von dem in Spalte 1 angegebenen Rechnungsergebnis verlangt werden, auch wenn eine solche Abweichung von dem in Spalte 2 verzeichneten im Vorjahr eingestellten Betrag nicht besteht;
3. die für die Gemeindeeinkommensteuer als Grundlage dienenden Einheitsätze sind auch dann anzugeben, wenn von vornherein feststeht, daß der zulässige Höchstbetrag zur Erhebung kommen muß. Nur die Berechnung des Prozentsatzes selbst kann in diesem Falle unterlassen werden;
4. die Entwertung des Voranschlags hat in möglichst umsichtiger Weise zu geschehen und ist schon im Interesse der späteren Berechnung Wert darauf zu legen, daß die einzelnen Sätze in die richtigen Abteilungen eingestellt werden;
5. der die Volksschule betreffende Teil des Voranschlags ist gemäß Art. 54 Abs. 2 Ziff. 4 des Volksschulgesetzes dem Ortsrat mitzuteilen;
6. bezüglich der Aufstellung des Voranschlags der Schulklassen ist die Vorschrift in § 13 Abs. 1 Ziff. 4 und 5 der Volksschulverordnung zum Volksschulgesetz zu beachten.

Calw, den 5. Febr. 1917.

A. Oberamt: Binder.

Agl. Oberamt Calw.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 33 erschienene Bekanntmachung des K. Evangelischen Oberschulrats vom 1. d. Mts., betreffend das Mädchenwaisenhaus in Marzgrünungen, werden die beteiligten Kreise hienit hingewiesen.

Der Staatsanzeiger kann bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden.

Den 10. Febr. 1917. Regierungsrat Binder.

Viehmarkt in Calw.

Auf dem gestern stattgefundenen Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt 217 Stück Rindvieh, 171 Stück Milch- und 30 Stück Läufer Schweine. Unter dem Rindvieh befanden sich 1 Fartten, 57 Ochsen, 53 Stiere, 45 Kühe, 56 Stück Jungvieh und 5 Kälber. Verkauft wurden bei flauem Handel 10 Paar Ochsen, pro Paar 2700—3500 M., 18 Stiere, pro Stück 740—1000 M., 25 Kühe, pro Stück 650—1220 M., 30 Stück Jungvieh, pro Stück 254—720 M., 5 Kälber, je nach Gewicht 120—180 M. Auf dem Schweinemarkt war der Handel ebenfalls flau, viele Verkäufer mußten ihre Ware wieder mit nach Hause nehmen. Es wurde bezahlt für 1 Paar Milchschweine 45—116 M., für 1 Paar Läufer 125 bis 320 M.

Kartoffelzählung am 1. März.

Am 1. März hat bekanntlich wieder eine Zählung sämtlicher Kartoffelvorräte stattgefunden. Das württ. Ministerium d. J. hat hierfür u. a. folgende Bestimmungen getroffen: Vorräte, die in fremden Speichern, Kellern, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vorbehaltlich der Vorschrift in nachstehendem Absatz, vom Berechtigten anzuzeigen, auch dann, wenn er die Vorräte nicht unter eigenem Verschluß hat. Vorräte, die sich mit dem Beginn des 1. März 1917 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen. Die vorhandenen Vorräte sind nach Zeitern und Pfund anzugeben. Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzugeben, wenn sie 20 Pfund übersteigen; in diesem Fall ist der ganze Vorrat anzugeben. Die Oberämter haben bis zum 15. März eine Nachprüfung der Aufnahme durch Beamte oder vereidigte Vertrauensleute vorzunehmen. Auf Grund der Nachprüfung ist das Ergebnis der ersten Aufnahme richtig zu stellen. Die Ortsvorsteher, sowie die von der Reichskartoffelstelle, der Landesartoffelstelle oder von dem Oberamt beauftragten Beamten sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben Vorrats- oder Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Kartoffelvorräte zu vermuten sind, zu durchsuchen und die Bücher und Geschäftspapiere der zur Anzeige Verpflichteten einzusehen.

Saatkartoffeln und Kartoffelanbau im Jahre 1917.

Es werden immer wieder Stimmen laut, die vermuten lassen, daß da und dort die Neigung besteht, den Anbau von Kartoffeln einzuschränken. Als Gründe hierfür werden der weitgehende Entzug von Speisefertigkartoffeln aus württ. landw. Betrieben im Herbst 1916, der niedere Preis für die

abgelieferten Speisefertigkartoffeln, die verhältnismäßig höheren Preise für andere landw. Erzeugnisse und der in Aussicht stehende hohe Preis für Saatkartoffeln angegeben. Es soll und kann nicht bestritten werden, daß an die landw. Betriebe unter dem Druck der Verhältnisse bei der Kartoffelablieferung Anforderungen gestellt werden mußten, welche von den Landwirten als sehr weitgehend empfunden wurden. Es ist deshalb auch zu verstehen, daß die Kartoffelfrage in landw. Kreisen Mißstimmung erzeugt hat. Im Blick auf die Ernährungsverhältnisse des Teils der nicht landwirtschaftstreibenden Bevölkerung, welcher nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, sich mit Nahrungsmitteln auf unerlaubten Wegen einzudecken, sondern auf die allgemeine Versorgungsregelung angewiesen ist, wird die Mißstimmung einer ruhm- und dem Wohl der Allgemeinheit dienenden Betrachtung der Frage weichen müssen. Aus einer vorübergehenden Mißstimmung heraus dürfen auch nicht Betriebsmaßnahmen getroffen werden, welche die Allgemeinheit schädigen müssen. Es dürfen aber andererseits auch nicht Fehler wiederholt gemacht werden, welche zu solch ungunstigen Verhältnissen geführt haben, wie sie bei den Kartoffeln liegen. Vor allem muß angestrebt werden, daß die Kartoffeln aus der Ernte 1917 einen Preis erhalten, der in richtigem Verhältnis zu den Preisen für andere landw. Erzeugnisse steht; es dürfen nicht die Kartoffelpreise ganz außer Verhältnis zu den Preisen für Kohlraben, Rüben usw. stehen. Wird diese Forderung erfüllt und gibt es, was zu wünschen ist, im Herbst 1917 einen guten Kartoffelertrag, so werden im kommenden Herbst die Kartoffelanbauer befriedigt sein. Die Notwendigkeit, die Verbraucher mit Kartoffeln zu versorgen, besteht auch dann, wenn der Anbau eingeschränkt würde. Die Einschränkung des Anbaus hätte demnach zur Folge, daß die Landwirte sogar bei befriedigender Kartoffelernte selber über Mangel zu klagen hätten, weil ihnen eben unter allen Umständen Kartoffeln abgenommen werden müßten. In eine solche Lage können und dürfen sich die Landwirte nicht selbst bringen.

Besonders in Gegenden, in denen der Kohlrabenanbau zu Hause ist, scheint die Neigung zu bestehen, den Kohlraben auf Kosten der Kartoffeln eine größere Anbaufläche einzuräumen. Es ist durchaus erforderlich, daß auch Kohlraben, wie bisher, in angemessenem Umfang gepflanzt werden, es darf dies aber unter keinen Umständen auf Kosten der Kartoffeln gehen. Hiegegen sprechen, wie den Landwirten bekannt ist, auch betriebstechnische Gründe. Bekanntlich fällt das Pflanzen der Kohlraben zum Teil noch in die Zeit, in welcher behufs Gewinnung eines nährstoffreichen, hochverdaulichen, jungen Futters sowie wegen des Mangels an Arbeitskräften mit der Heuernte begonnen werden sollte. Es sprechen also schon, und zwar jetzt noch viel mehr als in Friedenszeiten, Gründe der Geschäftsvorteilhaftigkeit dafür, daß den Kartoffeln ihre Stellung unter den Haadrüchten eingeräumt bleibt.

Die Aussichten, Saatkartoffeln von auswärts in größerer Menge zu erhalten, haben sich in letzter Zeit gebessert. Der Preis wird im Vergleich mit den Preisen, welche für die im Herbst abgenommenen Speisefertigkartoffeln bezahlt wurde, allerdings ein ziemlich hoher werden. Obgleich dies bedauerlich ist und eine bessere Lösung zu wünschen gewesen wäre, werden sich die Landwirte wohl oder übel auch hienit abfinden müssen. Sie werden dies dann un schwer können, wenn gutes Saatgut ertragsreicher Sorten geliefert wird. Es mußten auch in früheren Jahren schon hohe Preise für Saatkartoffeln bezahlt werden. Die Menge Saatkartoffeln, welche der einzelne Landwirt zukaufen, ist im Vergleich zum Gesamtbedarf an Saatgut verhältnismäßig gering. Der größte Teil des Saatbedarfs muß aus dem eigenen Erzeugnis gedeckt werden. Es darf deshalb kein Landwirt seinen Saatgutbedarf angreifen. So bald als möglich muß er denselben aussondern, damit er im Frühjahr über eine ausreichende Menge von gutem Saatgut verfügt.

Im Jahre 1916 hat es sich gezeigt, daß selbst Bezirke, in denen der Anteil der landw. Bevölkerung ein recht großer ist, mit Speisefertigkartoffeln von auswärts beliefert werden mußten, was in den Bezirken, welche die Kartoffeln unter äußerster Inanspruchnahme ihrer Landwirte abgeben mußten, nicht ganz mit Unrecht Mißstimmung erzeugt hat. Für Bezirke ersterer Art liegt besonderer Anlaß vor, auf einen angemessenen Kartoffelanbau hinzuwirken. Es sollten sich mit dieser Frage die A. Oberämter und die landw. Bezirksvereine befassen.

Diesen Ausführungen liegt nicht die Absicht zugrunde, einen uferlosen Kartoffelanbau zu empfehlen, sondern es will lediglich erreicht werden, daß auch im Jahre 1917 dem Kartoffelanbau die Bedeutung beigelegt wird, welche er in jedem Betrieb verdient und welche ihm im Interesse der Volksernährung beigelegt werden muß.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Febr. Mit Rücksicht auf die derzeitigen verschärften Lebensbedingungen in Stuttgart wird der Einlösungswert der vom hiesigen Kommunalverband für die Zeit vom 12. Februar bis 4. März geltenden Fleischmarken mit Genehmigung der Fleischversorgungsstelle ausnahmsweise auf 35 Gramm (statt bisher 20) Fleisch mit eingewachsenen Knochen festgesetzt. Die als Schwerarbeiterzulage gegebenen Fleischmarken werden jedoch von dieser Erhöhung nicht berührt. Auch für die Krankenhäuser und für die Heereslieferanten kommt die Erhöhung nicht in Frage.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Ämtliche und Privat-Anzeigen.

Der Ankauf

von

getragenen Kleidungs- und Wäsche-
stücken und getragenen Schuhwaren

findet nächsten Freitag, 16. Februar,
nachmittags von 2—5 Uhr

im Oberamtspflegegebäude statt. Näheres siehe Calwer
Tagblatt Nr. 36.

Bezirksverein vom Roten Kreuz Calw.

In gegenwärtiger schwerer Zeit darf kein Mittel versäumt werden,
dem Roten Kreuz für seine von Tag zu Tag wachsenden Aufgaben
neue Mittel, selbst in den kleinsten Beträgen, zuzuführen. Um weitere
Mittel für allgemeine Zwecke, insbesondere zur Fürsorge für unsere
verwundeten und kranken Reiter und für die draußen sechtenden Truppen
zu erhalten, findet eine

Sammlung von Frauenhaaren

statt. Die Herren Ortsgeistlichen und Ortsvorsteher werden gebeten,
für Errichtung einer Orts sammelstelle Sorge tragen zu wollen. Die
Sammelstellen wären jeweils an die Bezirks-Sammelstelle,
Fräulein B. Japp im R. Oberamt in Calw, einzufenden.

Ich zweifle nicht, daß alle Frauen und Fräulein gerne
dem Ruf zur Sammlung folgen, ihre ausgefallenen und aus-
gekämmten Haare an die Sammelstellen des Roten Kreuzes
abliefern und auch auf diese Weise ihre vaterländische Gesinnung
betätigen werden.

Calw, den 14. Februar 1917.

Der Bezirksvereiter:
Regierungsrat Binder.

1—2 Langholzswagen

gut erhalten mit den dazugehörenden Ketten sofort zu

kaufen gesucht.

Angebote sind zu richten an

Sägewerk R. Dittler, Leinachtal, (früher R. Lehmann)

Grosse Streifbänder

zum Versand größerer Zeitungen ins Feld
ist in der Druckerei dieses Blattes erhältlich.

25 Stück 20 Pfg., 50 Stück 35 Pfg., 100 Stück 60 Pfg.

Braves fleißiges

Dienstmädchen

gesucht.

Frau Emil Beck, Pforzheim,
Untere Springerstraße 9.

Wash- u. Pubfran

sucht.

Wer, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Bettmässen

sof. Befreiung garant. Alle u.
Geschl. angeb. Auskunft kostenl.

Merkur-Versand
München, Neureutherstr. 13/38.

Frisk gewässerte

Stockfische

empfehlen

Bfannkuch & Co.
Calw. Tel. 45.

Emberg.

4 Stück 6 Wochen alte



**Milch-
Schweine**

verkauft
Jakob Reitschler.

Zwei gut eingefahrene

Stiere

hat zu verkaufen.

Riehle, z. „Rappen“, Tel. 7,
Weilberstadt.

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.

Die Generalversammlung

findet am 24. Februar 1917, nachmittags 2 1/2 Uhr im Gasthof
zum „Röfle“ in Calw statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
3. Verwendung des Reingewinns.
4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern.
5. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
6. Entgegennahme des Berichts über die am 23. und 24. Juni 1916 von Herrn Verbandsreferent Schumacher vorgenommene Revision unserer Genossenschaft.
7. Auszahlung der Dividende aus vollen Geschäftsanteilen.

Die Jahresrechnung kann von den Mitgliedern in unseren Ge-
schäftsräumen eingesehen werden.

Calw, den 14. Februar 1917.

Für den Vorstand:
Georg Wagner.

Für den Aufsichtsrat:
H. Fechter.

Das Krümmwerden der Schweine

verhindert **Krampfemulsion.**

Stets frisch vorrätig.

Neue Apotheke.

2 tüchtige Säger

wie auch

mehrere Tagelöhner

bei hohem Lohn für sofort gesucht.

Sägewerk Dittler, Leinacht, (früher R. Lehmann).

4-Zimmer- Wohnung

in frei gelegener Hause mit Gar-
ten auf 1. April

zu mieten gesucht.

Schriftl. Angebote unter Nr. 200
an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

2 Zimmerwohnung

samt Zubehör

ist zu vermieten.

Altburgerstraße 286.

Briefbogen ■ Rechnungen

Postkarten ■ Mitteilungen

Rundschreiben Preislisten

erhalten Sie rasch und billig in der

A. Delschläger'schen Buchdruckerei Calw

Verlag des
Calwer Tagblattes.